

Ausschuß für Jugend und Familie
38. Sitzung24.11.1988
sr-ma

Schloesser habe die im Rahmen des 150-Millionen-DM-Programms gezahlten Ausbildungsvergütungen kritisiert und in diesem Zusammenhang von 1 000 DM monatlich gesprochen. Nach seinen, Reichlings, Informationen liege die Ausbildungsvergütung bei 700 DM monatlich. Dies sei exakt die tarifliche Ausbildungsvergütung. Man könne sicherlich darüber streiten, ob man hier nicht die tariflichen Vergütungen hätte unterschreiten können. Diese Frage sei auch geprüft worden. Man habe sich dagegen entschieden, weil es sich hier um Ausbildungseinrichtungen handele, in denen möglicherweise an der gleichen Werkbank Auszubildende der Ruhrkohle mit einer tariflichen Vergütung arbeiteten.

Die Sonderausbildungsstätte Düsseldorf sei über viele Jahre zu 100 % aus Landesmitteln finanziert worden. Inzwischen sei das Problem aufgetreten, daß weitere Einrichtungen in Herne und Dortmund existierten. Aus diesem Grunde strebe die Landesregierung an, die Konditionen der Einrichtungen anzugleichen. Nach Ansicht der Landesregierung sei ein Eigenbeitrag der Einrichtungen in Höhe von 20 % zumutbar.

MD Heermann (KM) meint, Abbrüche von Ausbildungen wegen falscher Vorstellungen über den Ausbildungsberuf seien ein Phänomen, das wegen der Betriebspraktika während der Schulzeit eigentlich nicht sein müßte. Er werde dieses Problem aufgreifen und die pädagogischen Beiräte bei den Schulämtern darauf aufmerksam machen, diese Frage verstärkt ins Auge zu fassen. Im übrigen würden derzeit die Lehrpläne in der Sekundarstufe I überarbeitet, wobei das Stichwort "Berufsorientierung" für alle Schulformen eine didaktische Kategorie sei. Er hoffe, daß dies auf Dauer zu konkreteren Berufsvorstellungen führe.

Die Quote der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluß sei sowohl absolut als auch relativ rückläufig. Im Schuljahr 1986/87 seien es noch 15 580, im Schuljahr 1987/88 13 735 gewesen. Diese Schüler könnten die sogenannten Vorklassen zum Berufsgrundschuljahr absolvieren und dann das Berufsgrundschuljahr besuchen und dort den Hauptschulabschluß erreichen. Die Vorklasse und das Berufsgrundschuljahr besuchten rund 5 700 Schüler.

Für die Spätaussiedler mit schwächeren sprachlichen Leistungen könne über die Schule hinaus noch etwas getan werden, weil die Jugend- und Sozialämter aus Bundesmitteln Nachhilfeunterricht in Deutsch gewährten. Der Kultusminister habe gerade in einem Erlaß die Schulleiter noch einmal aufgefordert, in diesem Zusammenhang als Sozialberater tätig zu werden und die Schüler auf die Möglichkeiten ausdrücklich aufmerksam zu machen. Für Ausländerkinder, die hier aufgewachsen seien und immer noch Schwächen in der deutschen Sprache aufwiesen, gebe es weniger Möglichkeiten.

Ausschuß für Jugend und Familie
38. Sitzung

24.11.1988
sr-ma

Auch im zweiten Jahr der Umsetzung der Neuordnungen in einigen Berufen habe man die zwischen den beiden Partnern vereinbarten Quantitäten von 12 bis 14 Stunden erfüllen können. Durch Beschlüsse des Landtags habe man 170 Berufsschullehrer für Metall- und Elektroberufe sowie für Kaufleute einstellen können. Dennoch komme man auf die Dauer mit der jetzigen Lehrerzahl nicht zurecht. Diese Frage habe sich dem Kultusminister bisher allerdings noch nicht gestellt, weil man die Anforderungen mit pragmatischen Mitteln noch habe abdecken können.

Auf die Ausführungen der Frau Abg. Philipp eingehend, merkt der Redner an, der Kultusminister habe all diejenigen auffangen müssen, die trotz aller Bemühungen keinen Arbeitsplatz gefunden hätten. Ohne die Zusage der außerschulischen Fremdprüfung durch die Kammern könne der Kultusminister nicht handeln. Daneben müsse ein Gutachten des jeweiligen Arbeitsamts vorliegen, daß es sich um eine regional sinnvolle und arbeitsmarktgerechte Maßnahme handle. Nachdem der Kultusminister dann entsprechende Angebote gemacht habe, habe sich ein Nachfragesystem entwickelt, das zu den Ergebnissen geführt habe, über die er in seinem Eingangsstatement berichtet habe. Es stelle sich eben eine große Nachfrage an Damenschneidern und Hauswirtschaftlern. Für diese gebe es in der Tat auch einen Arbeitsmarkt. In zwei Regionen, die er genauer kenne, liege er bei 25 % der Teilnehmer. Für andere sei die Ausbildung die Voraussetzung für ein Studium. Die Mittel für das Programm reichten noch bis 1990. Die Beratungen über eine Verlängerung seien noch nicht abgeschlossen.

StS Dr. Bodenbender (MAGS) legt dar, er habe keinesfalls ein düsteres Bild zeichnen wollen, allerdings würde eine durchweg positive Beschreibung der Situation der Lage nicht gerecht. Bei vielen Jugendlichen, die keine Lehrstelle bzw. keinen Arbeitsplatz hätten, seien soziale Defizite zu erkennen, um die man sich kümmern müsse. Es gelte darauf zu achten, daß die Wende auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche nicht zu früh verkündet werde, weil dann die politische Schubkraft fehle, das zu tun, was man eigentlich tun wolle. Man müsse aufpassen, daß die Finanzpolitiker in den nächsten Jahren nicht auf den Gedanken kämen, den Jugend- und Sozialpolitikern die Mittel vorzuenthalten, die die letzteren für ihr gesellschaftspolitisches Engagement bezüglich benachteiligter Jugendlicher benötigten.

Präsident Sund faßt zusammen, bei seiner Bewertung der Ausbildungssituationsituation sei er von drei Punkten ausgegangen:

1. Der Ausbildungsplatzmarkt sei ein Wettbewerbsmarkt. Auf diesem Markt bewegten sich Angebot und Nachfrage aufeinander zu. Dies sei insgesamt eine positive Entwicklung, die aber eben auch ihre Schlagschatten habe.

Ausschuß für Jugend und Familie
38. Sitzung24.11.1988
sr-ma

2. Es dürfe nicht vergessen werden, daß nur ein Überangebot ein ausreichendes Angebot sei. Wenn Neigung und Eignung der jungen Menschen im Interesse der Stärkung von Leistungsfähigkeit zum Tragen kommen sollten, müsse die Möglichkeit der Auswahl gegeben sein.
3. Das Landesarbeitsamt schätze für das nächste Jahr einen Bedarf an Ausbildungsplätzen in einer Größenordnung von 160 000. Diese Zahl sei nicht viel geringer als die für das laufende Jahr geschätzte. Deshalb könne keinesfalls von einer Wende oder von einer Entwarnung gesprochen werden. Wenn sich in einer solchen Situation einer auf den anderen verlasse, dann könnten falsche Signale gesetzt werden.

16,1 % der jungen Leute, die 1987 ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hätten, hätten sich wegen Arbeitslosigkeit mit dem Arbeitsamt in Verbindung gesetzt. Diese Zahl sei eine ganz wichtige Marke, die im übrigen auch über dem Bundesdurchschnitt liege, was wiederum mit den engeren Verhältnissen auf dem Ausbildungsmarkt zu tun habe, mit der Folge, daß Ausbildungen auf weniger chancenreichen Feldern durchgeführt worden seien.

Die Berufsberatung habe nicht die Aufgabe einer Berufslenkung. Sie könne nur informieren und die Neigungen und Eignungen des einzelnen mit den beruflichen Anforderungen in eine vernünftige Beziehung zu setzen versuchen. Nach wie vor seien die jungen Leute, die zur Berufsberatung kämen, sehr realistisch. Es gebe im Vorfeld starke Angleichungs- und Annäherungsprozesse, die in die Berufsberatung und Berufsfindung einfließen. Die leistungsschwächeren bildeten überhaupt den Personenkreis, der die Arbeitsverwaltung in den nächsten Jahren in einer Weise beschäftigen werde, wie man sich das heute noch gar nicht vorstellen könne. Dabei werde mit abgesenkten Standards nicht viel auszurichten sein; denn diese nützten nichts, wenn die Anforderungen in der Wirtschaft gleichzeitig stiegen. Deshalb müsse versucht werden, neue Möglichkeiten zu erschließen, um die Begabungs- und Leistungspotentiale der jungen Menschen zu mobilisieren. Von daher sei er sehr dankbar für die Kooperationsbereitschaft der Kammern, wenn es darum gehe, junge Leute leistungsfähig zu machen, um sie dann möglichst zu einer Vollausbildung zu führen.

Spezielle Erfahrungen mit Aussiedlern habe man noch nicht sammeln können, weil die Frage der Hilfe für Aussiedler in dieser Größenordnung in eine neue Qualität hineingewachsen sei. Für den schulischen Teil gebe es den Ausgleichs- und Garantiefonds und die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, was die sprachliche und berufliche Qualifizierung angehe. In den nächsten Monaten werde ein Erwachen kommen, wenn in nennenswerter Zahl Aussiedler die Sprachlehrgänge absolviert hätten. Dann werde sich zeigen, daß trotz aller Bemühungen und Anstrengungen die sprachlichen Kenntnisse vielfach immer noch nicht ausreichten. Und das falle dann noch in eine Zeit, in der man es saisonal bedingt ohnehin mit Arbeitsmarktproblemen besonderer Zuspitzung zu tun habe.